

lichem und kulturellem Gebiet der Überwindung der Spaltung dienen sollen.

Die Antwort darauf lautet: Das Nein Adenauers war das amerikanische No des Mister Dulles; es ist das No zu unserer gerechten deutschen Sache, das No zur kollektiven Sicherheit aller europäischen Staaten. Es ist das Ja zur sogenannten Politik der Stärke, das heißt zu jener imperialistischen Politik der Drohungen und Provokationen, hinter der die Imperialisten ihre Schwäche verbergen und mit deren Abenteuerlichkeit sie unsere Nation in den Bruderkrieg, die Völker in den dritten Weltkrieg zu stürzen drohen.

Den antinationalen und aggressiven Charakter dieser Politik vermögen die Menschen in Westdeutschland um so deutlicher zu erkennen, als die konstruktiven Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie vor allem im Memorandum dargelegt sind, vor dem deutschen Volke und vor der Welt ein Beispiel nationaler Politik — unter Berücksichtigung des Bedürfnisses aller europäischen Völker nach Sicherheit - bieten. Alle Sabotage Adenauers konnte nicht verhindern, daß in Berlin doch die Vorschläge vorgetragen wurden, die den Interessen der friedlichen und demokratischen Menschen in ganz Deutschland entsprechen. Trotz der Abwesenheit deutscher Vertreter hatte die Sache unseres Volkes einen Sprecher am Konferenztisch: den Außenminister der Sowjetunion, Genossen Molotow. (Beifall.)

Jeder Satz aus den Reden des Genossen Molotow, jeder seiner Vorschläge war ein Schlag gegen die Antisowjethetze, gegen die Hauptlüge der EVG-Politiker, der deutschen Revanchepolitiker und Militaristen, und damit eine große Hilfe für den Kampf der demokratischen und patriotischen Kräfte in Westdeutschland. (Beifall.)

Unsere Partei und die patriotische Bewegung in Westdeutschland haben es nun leichter, ausgehend von den täglichen Erfahrungen des Lebens, die Menschen zu richtigen politischen Schlußfolgerungen und zum aktiven Kampf gegen die EVG-Politik zu führen.

Immer mehr Menschen erkennen, daß die Senkung der Reallöhne, der steigende Steuerdruck, die Kürzung der sozialen Leistungen eine Folge der „Kanonen-statt-Butter“-Politik ist.

Und was das Gerede von der Sicherung des Arbeitsplatzes durch Rüstungsaufträge, Montanunion und EVG-Politik betrifft, so erfahren jetzt die Ruhrbergarbeiter in Massenfeierschichten, daß die EVG nur